

Rede von OB Matthias Klopfer zum Doppelhaushalt 2026/2027

6. Oktober 2025 - Es gilt das gesprochene Wort.

Die Rede zur Einbringung des Doppelhaushaltes 2026/2027 hat mich in der Vorbereitung deutlich mehr Energie gekostet als alle meine bisherigen Haushaltsreden. Wir haben bis zuletzt immer wieder intern diskutiert, wie der Weg der Finanzplanung 2030 aussehen soll, den wir Ihnen und der Bürgerschaft vorschlagen. Welche Investitionen in welchem Standard wir neu anstoßen sollen, wo wir sparen wollen, wie die Einnahmesituation prognostizieren, wie wir die Mitarbeitenden auf dem Konsolidierungsweg mitnehmen können. Ich war deshalb sehr froh, dass es immer wieder so schöne **Termine wie die Eröffnung des Merkel'schen Schwimmbades oder des Dicken Turms gab, Sport- und Kulturtermine** mich abgelenkt haben, der Besuch bei einer Hundertjährigen oder meine Sommertour mir so viele schöne Einblicke in die Stadtteile eröffneten und mir damit zugleich immer wieder deutlich gemacht wurde, in was für einer besonderen Stadt wir leben dürfen.

Und unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sind in der übergroßen Mehrheit sehr zufrieden mit unserer **Stadt, haben oft ganz andere Themen als wir hier im Gemeinderat. Oft dachte ich: Lass' uns die kleinen Dinge besser machen, weniger streiten um vermeintlich ach so bedeutsame Projekte, die aber im Alltag der Menschen keine große Rolle spielen.** Ich kam oft mit großer Dankbarkeit nach Hause. Dankbar für das, was wir gemeinsam auf den Weg bringen konnten, vor allem aber auch dankbar für das oft jahrzehntelange und unendlich große ehrenamtliche Engagement und die Kompetenz und Professionalität unserer Mitarbeitenden.

Ich bin nun im zwanzigsten Amtsjahr als Oberbürgermeister, arbeite 30 Jahre an der Schnittstelle von Politik und Verwaltung, habe die finanzielle Situation der Städte schon oft beleuchtet. Und dennoch bewegen mich viele Fragen mehr als sonst. Noch normal ist die Frage: Wie kann die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben geschlossen werden? Deutlich schwieriger schon: Wie lange dauert diese wirtschaftliche Schwäche an? Bisher hat sich die Wirtschaft immer wieder sehr schnell erholt in den letzten Jahrzehnten, insgesamt ging es nur bergauf. Doch wie ist es dieses Mal? In bisher nicht gekanntem Ausmaß werden Arbeitsplätze abgebaut. Gibt es Gewinnwarnungen. Gehen Steuereinnahmen nach unten. Und zugleich haben wir steigende Kosten, teils massiv. Beim Personal. Bei den Baukosten. Und auch immer noch hohe Energiekosten. Welche Botschaft, welche Tonlage, ist

die richtige, in diesen Zeiten der Unsicherheit? In Zeiten, in denen jeden Tag neue Zölle die Weltwirtschaft durcheinander wirbeln können. In Kriegszeiten, die unseren Wohlstand, der auch auf billigem russischem Gas aufgebaut war, unmittelbar wirtschaftlich betreffen. In Zeiten, in denen mehr als 200 chinesische Autohersteller mit aller Kraft auf den Weltmarkt drängen und damit mitten ins Herz der Automobilregion Stuttgart treffen.

Zur nüchternen Analyse. Die Steuereinnahmen gehen massiv zurück, parallel steigen die Personalkosten seit vielen Jahren durch die überproportional hohen Tarifabschlüsse des Öffentlichen Dienstes an. Unsere stark vom Automobil und vom Maschinenbau abhängige Wirtschaft hat eine lange Durststrecke vor sich. Wird sich nicht so schnell erholen wie nach der Dotcom-Krise 2000/2001 und nach den Anschlägen vom 11. September 2001, der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009, nach Corona. Denn der verheerende Ukraine-Krieg seit 2022, die „America first“-Politik von Donald Trump und die wirtschaftliche Stärke und Innovationskraft von Indien und China (mit mehr als zweieinhalb Milliarden Einwohnern) stellen die Wirtschaft und die Politik vor bisher nie gekannte Herausforderungen.

Was mir besonders schwer fällt: Eine Prognose für das Jahr 2030 zu geben. Doch das verlangt die mittelfristige Finanzplanung von uns. Aber wie, wenn selbst alle Chefökonomien regelmäßig mit ihren Annahmen danebenliegen?

Mit einem Blick nach hinten weiß ich, dass diese Fünf-Jahres-Prognosen schon immer daneben lagen. Wer hätte 2005 prognostiziert, dass 2010 das Smartphone unser Leben, die Wirtschaft, fundamental ändern würde? Wer hätte 2010 vorhergesagt, dass 2015 die große Flüchtlingsbewegung kommen wird? Wer hätte 2015 an Corona im Jahr 2020 denken sollen? Und wer hätte 2020 vermuten können, dass 2025 mitten in Europa Krieg ist, die Verteidigungsausgaben am stärksten wachsen, der freie Welthandel bedroht ist und damit das Fundament unseres Wohlstandes, KI immer mehr Bereiche unseres Lebens verändert, Arbeitsplätze dadurch in Gefahr sind? Und wie wird nun 2030 die Welt aussehen, welche Innovationen verändern unser Leben, unsere Wirtschaft? Und welche Konsequenzen ergeben sich damit für unseren städtischen Haushalt? Wie viele Beschäftigte haben wir noch, die Einkommenssteuer bezahlen? Wie entwickelt sich die wirtschaftliche Lage unserer fünf wichtigsten Gewerbesteuerzahler, denen wir mehr als die Hälfte unserer Gewerbesteuern verdanken?

Fragen über Fragen. Und man kann sich noch so gut informieren, noch so gut im Gespräch mit sehr vielen Unternehmen sein, noch so viel lesen und nachdenken. 2030 wird es ganz anders sein als wir heute denken. Und dennoch ist es unsere Aufgabe – ich sage bewusst **„unsere“ Aufgabe** – uns auf Annahmen zu verständigen, wie sich die Finanzsituation entwickelt. Denn mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes am 15. Dezember sagen wir auch ja zur konjunkturellen Einschätzung, die dem Haushalt zugrunde liegt.

Was wir auf Fälle wissen: Wir werden trotz zurückgehender Gewerbesteuereinnahmen vieles positiv verändern in unserer Stadt – mit den vorhandenen Mitteln der Kommunalpolitik. Und wir werden

auch 2030 noch immer den Zehn-Jahres-Durchschnitt der Gewerbesteuereinnahmen zum Maßstab nehmen. Wie zum Glück auch die letzten Jahre. Für diese strategische Entscheidung bin ich unserem Finanzbürgermeister sehr dankbar, denn dadurch haben wir in den letzten Jahren unsere Rücklagen auffüllen können und können mit diesen Einnahmen aus sehr guten Zeiten die Ausfälle in den kommenden schweren Jahren zumindest teilweise gut ausgleichen. Das ist die Logik dieses Systems und ein Kernelement guter Haushaltsführung, die Esslingen im Übrigen von vielen Städten positiv unterscheidet. Meine Prognose ist allerdings, dass für den Doppelhaushalt 2028/2029 der Zehn-Jahres-Durchschnitt der Gewerbesteuer unter die 90-Millionen-Marke fallen wird. Und zugleich die Tarifabschlüsse weiterhin die Personalkosten nach oben treiben werden. Die Schere geht damit immer weiter auseinander. Das können wir nicht zulassen.

Und deshalb will ich gleich zu Beginn sagen, dass wir hier gegensteuern. Gegensteuern müssen. Bis 2029 werden wir fast 200 Vollzeitstellen einsparen. Über alle Bereiche hinweg. Ein Drittel über pauschale Kürzungen, zwei Drittel nach Schwerpunkten. Eine Zeitenwende für uns. Andere Regionen in Deutschland haben dies schon vor langer Zeit machen müssen. Ausnahmen machen wir nur bei Auszubildenden (mehr als 400 Azubis in der Verwaltung und den Kitas, der Klinik und den Pflegeheimen!) und Stellen, die zumindest 75 Prozent gegenfinanziert sind. Unmittelbar vor der heutigen Sitzung haben wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informiert. Und klar gemacht, dass es bei uns keine Kündigungen geben wird! Und wir auch weiterhin ein sehr guter Arbeitgeber sein werden. Aber dennoch sorgt diese Botschaft für Verunsicherung, keine Frage. Ich kann Ihnen zusagen, dass wir das gemeinsam mit dem Personalrat im guten Miteinander machen werden. Und ja, wir brauchen dafür im Laufe der kommenden Jahre auch politische Beschlüsse von Ihnen, liebe Mitglieder des Gemeinderates. Denn solche einschneidenden Maßnahmen sind nicht ohne Kürzungen bei Standards möglich, die Sie politisch in der Vergangenheit aus guten Gründen gesetzt haben.

Wir sind damit nicht alleine, alle großen Städte in Baden-Württemberg müssen diesen schmerzhaften Weg gehen. Ludwigsburg in unserer Größenordnung. In Stuttgart gibt es einen Einstellungsstopp. Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Ulm, Tübingen, Reutlingen – überall gibt es nahezu täglich Schlagzeilen zu harten Sparrunden. Was ehrlicherweise auch nicht verwunderlich ist, bei täglichen Meldungen zu massivem Stellenabbau in vielen Firmen, und bei immer weiter steigenden Kosten in allen Bereichen unseres Sozialstaates.

Was mich aber ärgert und auf Dauer zur Erosion des Fundaments unserer Demokratie, starken Städten und Gemeinden, führen wird, ist, wenn Bund und Land nicht im gleichen Maße sparen, sondern uns immer neue Aufgaben zuweisen, ohne diese auskömmlich zu finanzieren. Und neue Wohltaten unters Volk streuen wie die Mütterrente, die erhöhte Pendlerpauschale oder die reduzierte Mehrwertsteuer für die Gastronomie und uns Sand in die Augen streuen mit milliardenschweren Programmen, die aber auf kommunaler Ebene nur geringe Wirkung entfalten. Dann wird nämlich aus einem 100-Milliarden-Programm für Länder und Kommunen über zwölf Jahre eine Zusatzeinnahme für unsere Stadt von fünf Millionen pro Jahr. Machen Sie mit mir eine kleine Rechenaufgabe: Mütterrente fünf Milliarden plus Pendlerpauschale zweieinhalb Milliarden plus reduzierte

Mehrwertsteuer für Gastronomie zweieinhalb Milliarden. Macht über zwölf Jahre 120 Milliarden – mehr als das 100-Milliarden-Programm des Bundes für Länder und Kommunen! Wieso stellt man dieses Geld nicht uns Städten zur Verfügung, für Kitas und Schulen, für Kliniken und Pflege, für Kultur und Sport, für sozialen Wohnungsbau?

Und wir brauchen endlich eine verlässliche Finanzierung unserer Kliniken und eine grundlegende Krankenhausreform. Dieses Damoklesschwert, das über allen Kliniken, ob kommunal oder kirchlich oder privat, seit vielen Jahren hängt, ist unerträglich. Wir planen in unserem Haushalt, dass insgesamt 30 Effizienzprogramme der Klinik zu millionenschweren Entlastungen des städtischen Haushalts führen. Aber ohne Mehreinnahmen wird eine schwarze Null für keine Klinik im Land gelingen.

Und auch in Baden-Württemberg sollten wir nachdenken, wie die Kommunen entlastet werden können. Das muss nicht immer mehr Geld sein. Die wichtigste Unterstützung des Landes für uns **könnte „Vertrauen“ sein. Das bedeutet mehr direkte Zuweisungen, weniger Programme, mit** unendlich viel Bürokratie in der Antragsstellung und der Kontrolle der Mittelverwendung. Traut uns zu, liebe Landespolitikerinnen und Landespolitiker, dass wir mit diesen pauschalen Zuweisungen verantwortungsvoll umgehen werden. Mehr Vertrauen würde ich uns auch bei der Kinderbetreuung wünschen.

Das Gesetz könnte so einfach und kurz sein: Die Kommunen übernehmen den Betreuungs- und Bildungsauftrag für alle Kinder bis zur Einschulung. Dann könnten wir, mit unseren Expertinnen und Experten, entscheiden, wo wir intensiver fördern, wo weniger intensiv, mit weniger Personal. Aber das wird wohl ein Traum bleiben. Was aber dringend notwendig ist: Den Personalschlüssel anpassen an den Bundesdurchschnitt. Wir hätten dann alleine 2,3 Millionen Euro Minderausgaben für unter Dreijährige. Und wenn wir den Personalschlüssel von Bayern anwenden würden, immer noch 1,8 Millionen Euro Einsparungen. Wir werden nicht umhinkommen, auf allen Ebenen wieder Maß und Mitte zu finden, wenn wir zugleich in die Infrastruktur unseres Landes, unserer Stadt investieren wollen. Und wir brauchen endlich echte Konnexität! Wenn das Land G9 beschließt, dann auch bitte unsere vollständigen (!) Umbau- und Erweiterungskosten und auch langfristig die höheren Kosten für den Unterhalt und die Abschreibung übernehmen.

Kommen wir zurück zu unserem Haushalt. Die Einsparungen im Personal verringern unsere Ausgaben um fünf Millionen pro Jahr im Doppelhaushalt 26/27, im Doppelhaushalt 28/29 um weitere zehn Millionen. Und wir werden daraus keine lange Hängepartie machen, sondern schon im Frühjahr kommenden Jahres entscheiden, wo die knapp 200 Stellen eingespart werden. Und dennoch unsere Aufgaben gut erledigen, im Pflichtbereich ebenso wie bei den Freiwilligkeitsleistungen.

Was sind nun die Schwerpunkte des Haushaltes, wie sieht es am Ende des Jahres 2027 aus? Einige wenige Beispiele, die exemplarisch aufzeigen, dass wir keinerlei Anlass haben, den Kopf in den Sand zu stecken, sondern stolz und dankbar sein können, so viele Möglichkeiten zu haben. Ein Blick auf Silvester 2027, also gut zwei Jahre in die Zukunft geschaut zeigt:

- Wir haben gemeinsam das 1250-Jahr-Jubiläum gefeiert. Natürlich auf dem neuen Marktplatz. Vor allem aber mit ganz viel Unterstützung aus der Bürgerschaft.
- Die Schelztorsporthalle wurde eröffnet, die Pliensaubrücke ist fast fertig.
- Die Klinik ist mitten im Bau, bis 2029 haben wir 200 Millionen in die Gesundheitsversorgung investiert. Landkreis und Stadt haben gemeinsam festgelegt, an welchen Standorten welche medizinischen Schwerpunkte sind.
- Das Pflegeheim auf dem Stadtwerkeareal und die beiden Pflegegruppen in Zell und Mettingen sind im Bau.
- Die **Hochschule ist eröffnet und noch attraktiver für Studierende. Die „KI-Zukunftsabrik“ der Hochschule ist eingezogen ins ehemalige Stadtwerkegebäude.**
- Der Stadtteilplatz Weil ist fertig, gemeinsam mit dem Neckaruferpark haben wir zwei neue attraktive Grünflächen in der Stadt.
- Das Karstadt-Areal ist auf der Zielgeraden, mit 170 Wohnungen und 12.000 qm Handels- und Bürofläche, auf dem Bauplatz zum Bahnhof 50 neue, vor allem preiswerte, Mietwohnungen, erstellt worden, das Weststadt-Quartier nahezu abgeschlossen, hoffentlich das Alte Zollamt schon revitalisiert.
- 200 neue Stadtbäume sind gepflanzt.
- Die EWB hat Beschlüsse gefasst zum Bau von 100 neuen Mietwohnungen auf dem Tobias-Mayer-Areal, der Wohnungsbestand wird Jahr für Jahr energetisch modernisiert auf dem Weg zur Klimaneutralität, genossenschaftliche Projekte sind in den Startlöchern, das IBA-Projekt kommt, wenn auch mit Verzögerung.
- Der Ausbau der Oberleitungen ist nahezu abgeschlossen, die neuen Busse von Skoda werden nach und nach ausgeliefert, Esslingen ist als erste Stadt in Deutschland im ÖPNV komplett klimaneutral unterwegs. Weitere Bushaltestellen wurden barrierefrei.
- Die Erweiterung der Pliensaugrundschule ist mitten im Bau, die Zollbergrealschule eröffnet, der Interimbau für die Seewiesenschule und das Schelztorgymnasium von den Kindern erobert. Das Toilettensanierungsprogramm ist mitten in der Umsetzung.
- Der TSV Berkheim hat die Sporthalle erweitert für die erfolgreichen kleinen und großen Turnerinnen.
- **Die Feuerwehr hat vier neue Fahrzeuge in Dienst gestellt, drei „alte“ Fahrzeuge nach Kamianets-Podilskyi in die Ukraine gebracht.**
- Die Quartiersarbeit in Mettingen ist etabliert.
- Der Klimamobilitätsplan verabschiedet, Stück für Stück wurde das Radwegenetz parallel erweitert. Die Stadtwerke investieren Jahr für Jahr statt bisher einer Million sieben Millionen in die Fernwärme. Der Glasfaserausbau kommt endlich voran, tausende neue Haushalte sind angeschlossen.

- Stuttgart, Ludwigsburg, der Verband Region Stuttgart und Esslingen vereinbaren, wie die Neckar-Bundesgartenschau im Jahr 2043 aussehen soll.
- Und die Stadtbücherei ist im Bau, im Bebenhäuser Pflegehof oder im ehemaligen Modehaus Kögel, nach einem Bürgerentscheid im Frühjahr 2026.
- Der Dicke Turm ist für viele private Feiern und Kulturveranstaltungen ein besonderer Ort.
- Das neue Gemeindezentrum der Katholischen Kirche ist eröffnet, die evangelische Kirche hat entschieden, welche neuen Nutzungen in freierwerdenden Immobilien möglich sind.
- Und wir haben hoffentlich Gewissheit über die Vermarktung des ehemaligen Hochschulareals auf der Flandernhöhe. Ab 2027 kostet uns das Gelände pro Jahr 1,2 Millionen an laufenden Kosten – je länger die Vermarktung dauert, umso höher werden die notwendigen Verkaufskosten, wenn wir mit mindestens einer schwarzen Null herauskommen wollen.

Parallel zu diesen konkreten Projekten laufen im kommenden Doppelhaushalt Planungen für neue Projekte für die Zeit nach 2027 an. Wenn auch sicherlich deutlich weniger als bisher, angesichts der Unsicherheiten für die Zukunft. Ich halte das auch für richtig, die Projekte jetzt abzuschließen, nicht zu viel neue Erwartungen zu wecken.

Einige Beispiele für Neuplanungen, die dann erst Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre umgesetzt werden:

- Die Sanierung des Zuschauerraums der WLB
- Die Ritterstraße
- Die Neugestaltung des Kleinen Marktes und der Abt-Fulrad-Straße
- Der Abschluss des ISEK-Prozesses in der Pliensauvorstadt
- Die bessere und sichere Anbindung des Sportparks Weil für Fußgänger und Radfahrer
- Dazu sehr viele Planungen für kleine und größere Sanierungen im Bestand

Sie sehen: Alles mit angezogener Handbremse, wir legen bis 2030 den Schwerpunkt auf den Start und die Fertigstellung der beschlossenen Projekte, packen aber keine neuen großen Projekte an und verschaffen uns so zugleich die Luft, um unsere Prozesse zu optimieren. Und selbstkritisch werden wir uns fragen, wie Vieles einfacher, pragmatischer, mit Maß und Mitte, auch bescheidener und mit gesundem Menschenverstand geplant und gebaut werden kann. Und das gilt nicht nur für Bauthemen, sondern für alle Bereiche in der Stadt. Einfacher, pragmatischer und bescheidener muss nicht schlechter für die Bürgerinnen und Bürger sein.

Lassen Sie mich heute auch schon etwas sagen zu möglichen neuen Steuern. Ausführlich werden wir darüber am 20. Oktober beraten. Schon heute will ich Ihnen anbieten, dass wir bei der Beherbergungssteuer gemeinsam nach einem Kompromiss suchen. Und die Grundsteuer C und die Verpackungssteuer vorläufig auf Eis legen. Aktuell haben Heidelberg und Tübingen die Steuer

beschlossen, Schwäbisch Gmünd und Ludwigsburg ziehen nach, Freiburg hat die Steuer schon länger. Wie wäre es mit dem Karlsruher Modell, das eine gestaffelte Steuer über die Jahre 2026 bis 2028 vorsieht, beginnend bei 3,50 Euro und dann bis 4,50 Euro ansteigend. Wir schlagen vor, mit der Hälfte der Einnahmen unter anderem an einigen Samstagen die Busse gratis fahren zu lassen, die Sauberkeit in der Innenstadt zu verbessern oder neue Anreize für Existenzgründer zu setzen.

Kompromisse suchen, aufeinander zugehen, die demokratische Mitte stärken, der stillen Mehrheit eine Stimme geben, sich am Optimum, und nicht am Maximum orientieren – wenn wir das als Leitlinie für unsere Beratungen nehmen, werden wir gemeinsam die Weichen gut stellen für die kommenden Jahre, gemeinsam mit den engagierten Bürgerinnen und Bürgern und unseren Mitarbeitern. Ich danke allen, die an der Aufstellung des Doppelhaushaltes mitgearbeitet haben, stellvertretend unserem Finanzbürgermeister Ingo Rust und unserer Kämmerin Birgit Strohbach.

Es liegen anstrengende neun Wochen vor uns, keine Frage. Aber ich bin dankbar, dass wir diese Diskussionen führen können, es ist alles andere selbstverständlich, dass eine Stadt so viele Chancen hat, die Zukunft zu gestalten und der demokratische Wettstreit um die besten Ideen und um Mehrheiten möglich ist.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.